

türkei infodienst

Nr. 49

Erscheint 14-tägig

14.02.1983

BRD

Hürriyet vom 02.02.1983

SPD wandte sich gegen die Türkeihilfe

Während der Gespräche von Außenminister Ilter Türken mit dem deutschen Außenminister Genscher forderte die SPD die Einstellung der Türkeihilfe. Der im Namen der Sozialdemokraten sprechende 'Spezialist für Menschenrechte', Volker Neumann, vertrat die Meinung, daß die deutsche Regierung dem türkischen Außenminister keine Versprechungen über wirtschaftliche oder militärische Hilfe geben könne. Der sozialdemokratische Politiker forderte in seiner Botschaft, die er über das Justizministerium an den türkischen Außenminister weiterlassen wollte, die Aufhebung der Todesstrafe.

Tercüman vom 02.02.1983

Die türkischen Terrororganisationen bedrohen die innere Sicherheit

Im letzten Bericht des Innenministeriums der Bundesrepublik zur Inneren Sicherheit wurde erneut auf die türkischen Terrororganisationen eingegangen. Wie das Innenministerium mitteilt, verhalten sich die palästinensischen und türkischen Organisationsangehörigen derzeit sehr zurückhaltend, bedrohen aber weiterhin die innere Sicherheit. Die Aktivitäten der radikalen linken Organisationen beginnen, die deutsche Regierung zu beunruhigen. Wie mitgeteilt wurde, denkt man an harte Maßnahmen gegen die erwähnten Organisationen schon in nächster Zeit. Wie es heißt, wurde zur Verhinderung der illegalen Aktivitäten der türkischen Terroristen in Deutschland Gespräche mit den Zuständigen aus der Türkei geführt.

Hürriyet vom 08.02.1983

Die Katholische Kirche wandte sich gegen die Regierung

Die deutsche katholische Kirche hat sich gegen die Ausländerpolitik der Bundesregierung gewandt. Auf einem Seminar in Bonn wandte man sich entschieden gegen die Altersgrenze von 6 Jahren und die Wartezeit bei Familienzusammenführung. In einer Erklärung am Schluß des Seminars wurde die Ausländerpolitik der Bundesregierung als unmenschlich bezeichnet.

Hürriyet vom 09.02.1983

Im Gefängnis von Schwalmstedt begannen 7 Türken einen Hungerstreik

7 türkische Gefangene in dem Gefängnis in Schwalmstedt in der Nähe von Frankfurt haben einen Hungerstreik begonnen. Wie der Pressesprecher des hessischen Justizministeriums mitteilte, wollen die Gefangenen damit gegen die Bezahlung von 400.000 Lira bei einer Rückführung in die Türkei protestieren. Im Gefängnis war die Nachricht verbreitet worden, daß türkische Gefangene, die ihre Haft in der Türkei verbüßen wollen, für eine Rückführung dieses Geld bezahlen müssen.

Internationale Beziehungen

Hürriyet vom 29.01.1983

Europarat hat den Mittelweg bevorzugt

In der beratenden Versammlung des Europarates wurde der Antrag, die Türkei aus dem Rat auszuschließen, bei 35 Gegenstimmen abgelehnt. Der andere Antrag jedoch, die Türkei im Rat zu belassen, aber ihren Verzicht auf Stimmabgabe im Ministerrat zu empfehlen, wurde bei 15 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen mit 96 Ja-Stimmen angenommen.

Der Türkei-Berichterstatler der politischen Kommission und der Verfasser des angenommenen Antragstextes, Ludwig Steiner, erklärte: *'Der Antrag sieht vor, dieses Mal gegen die Türkei vorzugehen. Wir haben diesen mittleren Weg gewählt, damit die Türkei aus dem Rat nicht ausgeschlossen wird. Der Beschluß ist weder für den Ministerrat noch für die Türkei bindend.'*

Hürriyet vom 30.01.1983

Der Europarat hat sich in Widersprüche verstrickt

Der Beschluß der beratenden Versammlung des Europarates gegen die Türkei wurde vom Außenministerium als *'unrealistisch, voreingenommen und widersprüchlich'* bezeichnet. Der Sprecher des Außenministeriums, Nazmi Akiman, erklärte gegenüber Journalisten: *'Wie Sie wissen, wird die Türkei seit Mai '81 in der Beratenden Versammlung des Europarates nicht vertreten. Seither sind unsere Beziehungen zum Europarat lediglich auf der Ministerratebene.'*

* Aus diesem Grunde wurde der Beschluß der beratenden Versammlung in Abwesenheit der Türkei gefaßt. Er trägt nicht den Charakter einer Empfehlung an den Ministerrat und ist deshalb nicht bindend.

* Auf der anderen Seite ist der Beschluß logisch falsch und widerspricht den Absichten jener Leute, die ihn gefaßt haben.

* Im letzten Stadium einer Periode, wo die Türkei im Sinne der europäischen Menschenrechtskonvention zur pluralistischen, parlamentarischen Demokratie zurückkehrt, kann diese Haltung der beratenden Versammlung des Europarates nur unglücklich und widersprüchlich bezeichnet werden.

* Außerdem ist der Beschluß voreingenommen und einseitig, weil in ihm von einem in der Türkei nicht existierenden Minderheitenproblem die Rede ist, wobei viele Mitglieder des Europarates selber mit ihren Minderheiten Schwierigkeiten haben.'

Hürriyet vom 30.01.1983

Unsere Antwort gegen die Klage bei der Menschenrechtskommission

Die Türkei reicht ihr offizielles Antwortschreiben gegen die Beschwerden bei der Menschenrechtskommission

morgen in Straßburg ein. Die Beschwerden waren von 5 im Europarat vertretenen Ländern erhoben worden. Das Antwortschreiben stützt sich auf § 15 der Menschenrechtsdeklaration, in dem es heißt, daß 'im Kriegsfall oder in einer Situation, wo die Zukunft des Landes bedroht ist, die betroffenen Länder Maßnahmen ergreifen dürfen, die vorübergehend die in der Deklaration eingegangenen Verpflichtungen aufheben können.' Außerdem werden im Antwortschreiben alle gegen die Türkei gerichteten Beschuldigungen als gegenstandslos erklärt und der Vorwurf der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei durch Gegenbeweis entkräftet.

Hürriyet vom 01.02.1983

Wir wenden uns wieder an den IWF

Die türkische Delegation unter dem Vorsitz des Finanzministers Adnan Baser Kafaoglu fliegt am 6. Februar in die USA, um an der Vollversammlung des IWF teilzunehmen. Wie es in IWF-Kreisen heißt, wird in bilateralen Verhandlungen die Verlängerung des im Juni 1983 auslaufenden Stand-by Abkommens zur Diskussion stehen. Es wird erwartet, daß die türkische Delegation keine Bedenken gegen eine Verlängerung um 2 Jahre hat und dies fordern wird.

Hürriyet vom 03.02.1983

Die sozialistische Fraktion im Europaparlament wird ihre Haltung nach den Wahlen bestimmen

Die Türkei-Debatte der sozialistischen Fraktion im Europaparlament ist zu Ende gegangen. Die Debatte hatte die Beziehungen der Türkei zur EG und zum Europarat sowie die Situation der Arbeiter und der Gewerkschaften zum Gegenstand. Außerdem kam die Freizügigkeit der türkischen Arbeiter zur Sprache. Man einigte sich darauf, auf den Bericht der EG-Kommission und auf die Einschätzung des Ministerrates zu warten. Die sozialistische Fraktion beschloß bei den Debatten im Frühjahr dieses Thema erneut zur Sprache zu bringen.

Hürriyet vom 03.02.1983

Reagan will es sich etwas kosten lassen

Der von der Reagan-Administration dem Kongreß vorgelegte Staatshaushalt '84 sieht eine Türkeihilfe in der Gesamthöhe von 930 Mil. Dollar vor. Verteidigungsminister Caspar Weinberger, der den Jahresbericht für Verteidigungsangelegenheiten an die Senatoren und an die Mitglieder der Verteidigungskommission geschickt hat, schreibt unter der Rubrik 'Türkei': *'Die Türkei befindet sich in der Südostflanke der NATO nahe dem nahöstlichen Krisenherd. Sie ist von Gefahren aller Art bedroht. Deshalb muß die Türkei militärisch unterstützt werden. Die von der Administration vorgesehene Hilfe in Höhe von 930 Millionen Dollar sollte vom Kongreß gebilligt werden.'*

Letztes Jahr betrug die Wirtschafts- und Militärhilfe der USA an die Türkei 450 Millionen Dollar.

Tercüman vom 03.02.1983

Türkmen: 'In der Türkei gibt es keine Militärdiktatur'

Auf einer Pressekonferenz in Bonn äußerte sich der türkische Außenminister zu verschiedenen Fragen. Türkmen forderte die USA und die Bundesrepublik auf, ihre Militärhilfen zu erhöhen. Auf eine Frage nach der Pressefreiheit in der Türkei sagte Türkmen: *'Es gibt in der Türkei keine Militärdiktatur, nur eine vorübergehende Militärherrschaft. Es gilt nur die gelegentliche Anwendung des Ausnahmegesetzes. Die erwähnte Zeitung wurde nicht*

verboten, sondern nur vorübergehend geschlossen. Es kann keine Rede von einem Druck auf die Presse in der Türkei sein und wir haben auch keine solche Absicht.' Im weiteren Verlauf der Pressekonferenz, an der viele in- und ausländische Journalisten teilnahmen, ging der Außenminister auch auf die Beziehungen zur EG und zu Griechenland ein. Bezüglich der in Deutschland beschäftigten Arbeiter sagte er, daß er vom Außenminister Genscher eine Zusicherung erhalten habe, daß keiner der hier beschäftigten Türkei gewaltsam in die Heimat geschickt werde und daß man einen Verlust der sozialen Rechte nicht dulden werde.

Hürriyet vom 03.02.1983

Strauß: 'Die Türkei ist ein untrennbares Teil der NATO'

Nach seinen zwei Tage andauernden Gesprächen flog der Außenminister Ilter Türkmen zu einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der CSU und Ministerpräsidenten von Bayern, Franz Josef Strauß nach München. Nach einem eineinhalbstündigen Gespräch hinter verschlossenen Türen, an dem noch der Botschafter in Bonn, Oktay Iscen und der Generalkonsul von München Alaattin Taluy teilnahmen, beantwortete der Außenminister die Fragen von Hürriyet. Hierbei betonte er, daß der Wunsch des Gespräches von Herrn Strauß ausgegangen sei und er als Außenminister mit dem Ergebnis des Gespräches sehr zufrieden sei. Da er sich schon vorher mit dem Arbeitsminister unterhalten habe, habe er sich mit Herrn Strauß lediglich über die Beziehungen zur EWG und zur NATO unterhalten.

Über einen Pressesprecher ließ Franz Josef Strauß mitteilen, daß die Türkei ein untrennbares Teil der NATO sei. Die Türkei sei das einzige Land, daß ein Vordringen von Rußland zum Mittelmeer verhindere. Er versprach zur Lösung der Probleme in der Türkei Anstrengungen zu unternehmen.

Tercüman vom 05.02.1983

Reagan erhöht die Hilfe an die Türkei um 90%

Im Haushaltsplan '84 für die USA ist die Aufstockung der Militärhilfe an die Türkei von 400 Millionen auf 755 Millionen Dollar vorgesehen. Die Wirtschaftshilfe auf der anderen Seite wird mit der Begründung, daß die Wirtschaft in der Türkei einen Aufschwung erzielt und nicht mehr so viel Hilfe nötig habe, von 350 Millionen auf 175 Millionen Dollar gekürzt.

Demokratisierung

Tercüman vom 30.01.1983

11 zürnende Mitglieder der Beratenden Versammlung: 'Wir werden das Parteiengesetz löchern'

In der Zeitungsmeldung sind die Lic

In der Zeitungsmeldung sind die Lichtbilder der 11 Abgeordneten abgebildet und Auszüge aus ihrer oppositionellen Haltung zum Parteiengesetz wiedergegeben.

Tercüman vom 04.02.1983

Die ersten Kandidaten werden zentral bestimmt

Nachdem am vorgestrigen Tage 15 Artikel des Parteiengesetzes durch die Kommission verabschiedet wurden, sind nun weitere 70 Artikel an die Druckerei der Beratenden Versammlung geschickt worden. Es wird damit

gerechnet, daß nach Abschluß aller 122 Artikel der Vorsitzende der Verfassungskommission, Prof. Orhan Aldikacti, eine Pressekonferenz abhalten wird. Es wurde schon jetzt bekannt, daß die Parteien, die sich an den allgemeinen Wahlen beteiligen wollen, mindestens in 34 Provinzen organisiert sein müssen. Die Parteien dürfen dann zentral maximal das Fünffache an Kandidaten aufstellen, wie sie aus den Provinzen an Abgeordneten bekommen könnten.

Hürriyet vom 09.02.1983

Aldikacti: 'Meine Worte sind falsch verstanden worden'

Der Vorsitzende der Verfassungskommission in der Beratenden Versammlung, Prof. Orhan Aldikacti, teilte mit, daß einige seiner Bemerkungen auf der Pressekonferenz am Samstag falsch verstanden worden sind. Seine Äußerung, daß die alten Politiker sich in neuer Weise organisieren können, habe sich nur auf solche Politiker bezogen, die nicht unter ein Verbot fielen.

Tercüman vom 08.02.1983

Wir beginnen über 'Parteien' zu sprechen

Die Diskussionen über das Parteiengesetz, dessen Debatte in der Beratenden Versammlung am Freitag beginnen soll, haben sich intensiviert. Das Parteiengesetz, das als wichtiger Schritt auf dem Wege zur Demokratie bewertet wird, hat die Opposition einiger Mitglieder der Beratenden Versammlung heraufbeschworen. Am meisten wird die Organisation der Parteien auf Kreisebene, die Notwendigkeit der Organisation in 34 Provinzen, die Möglichkeit von Oppositionen bei der Wahl der zentralen Organe und das Fehlen einer finanziellen Hilfe aus der Staatskasse kritisiert. Führend bei der Kritik sind jene 11 Mitglieder der Beratenden Versammlung, die vor einigen Tagen Tercüman gegenüber erklärt hatten, daß sie das Parteiengesetz löchern wollen.

Die meisten Kritiker sind aber mit ihrem eigenen Schicksal beschäftigt. Für sie stellt sich die Frage, ob die Mitglieder aus der Beratenden Versammlung, die einer politischen Partei beitreten wollen, bzw. sich an der Gründung von neuen Parteien beteiligen wollen, ihr Mandat in der Beratenden Versammlung niederlegen sollen oder nicht.

Tercüman vom 04.02.1983

In 8 Provinzen werden Staatsicherheitsgerichte gegründet

Die Rechtskommission in der Beratenden Versammlung hat die ersten 10 Artikel eines Gesetzes zur Errichtung von Staatsicherheitsgerichten angenommen. Falls das Gesetz akzeptiert werden sollte, werden in den 8 Provinzen Adana, Ankara, Erzincan, Istanbul, Izmir, Kayseri, Konya und Malatya solche Gerichte tätig werden. Sie sollen sich mit allen Vergehen befassen, die gegen die unteilbare Einheit des Staates mit seinem Land und seiner Nation, das freie demokratische System und die Republik, deren Eigenschaften in der Verfassung festgelegt wurden, gerichtet sind und direkt die innere und äußere Sicherheit des Staates betreffen.

Tercüman vom 05.02.1983

Justizminister Cevdet Mentès ist zurückgetreten

Es wurde in Erfahrung gebracht, daß der Justizminister Cevdet Mentès von seinem Amt zurückgetreten ist. Am Montag wird er offiziell aus dem Amt scheiden. Wie es heißt, hat Mentès seinen Rücktritt erklärt, weil es wegen der Unterstellung der Gefängnisse vom Justiz- an das

Innenministerium zu Meinungsverschiedenheiten gekommen war.

Hürriyet vom 06.02.1983

Mentès: 'Mein Rücktritt wurde zu früh bekannt'

Nachdem es wegen der Überstellung der Gefängnisse zu Auseinandersetzungen zwischen dem Justiz- und dem Innenministerium gekommen war, hat der Innenminister Selahattin Cetiner erklärt, daß er über den Rücktritt des Justizministers selber am betroffenen sei. Er betonte, daß es zwischen den Ministerien nicht zu einer Auseinandersetzung gekommen sei und die Arbeit im Kabinett im guten Einvernehmen abgelaufen sei. Es wird erwartet, daß der neue Justizminister am Montag ernannt wird. Als Kandidaten sind der ehemalige Vorsitzende des Wahlausschusses, Orhan Aydın, und das Mitglied der Beratenden Versammlung, Turhan Güven, im Gespräch.

Zu dem Problem der Verantwortung für die Gefängnisse sagte der Vorsitzende der Anwaltskammer der Türkei, Atilla Sav: *'Strafvollzug ist die Verlängerung des verbreiteten Gerichtswesens. Es ist falsch, sie aus der Verantwortung der Rechtssprechung zu nehmen und den Sicherheitskräften zu überordnen. Das Ziel ist nicht nur die Bestrafung des Schuldigen, sondern auch seine Wiedereingliederung in die Gesellschaft.'*

Tercüman vom 11.02.1983

Özal: 'Ich werde meinen Dienst in der von mir errichteten Weise machen'

Das Parteiengesetz ist in Vorbereitung. Und einige Kandidaten treten auf, die abnehmen, um sich auf die Wahlschlacht vorzubereiten. Eine Gestalt, die wir dabei am besten in Erinnerung haben, ist Turgut Özal, der Architekt des 24. Januar. Er sprach mit unserem Reporter Erkan Yigit. In der Zwischenzeit hatte Turgut Özal 21 kg abgenommen. Auf die Frage, ob dies das Resultat einer 'Gürtel enger schnallen' Politik sei, lachte er und meinte, daß sei eine andere Sache. Auf die Frage, welche Basis die zu gründende Partei haben wird, sagte Özal: *'Schau mal her'*. Aber eine Antwort gab er nicht. Turgut Özal hat aber schon einige Wahlparolen im Kopf. Einige Beispiele sind schnell genannt: *'Der Staat wird seine eigenen Funktionen ausüben.'* *'Alles wird der Bürokrat nicht nentscheiden können.'* *'Dieses Volk weiß, was richtig ist und wem es vertrauen kann.'* *'Im Vertrauen auf das Volk können viele Sachen gemacht werden.'* *'Arbeitende und Nichtarbeitende werden nicht gleich behandelt.'* *'Arbeitende werden nicht enttäuscht, sie werden nicht sagen: was soll's.'*

Tercüman vom 11.02.1983

Ulusu: 'Wenn man sagt, komm und gründe eine Partei, werde ich es mir überlegen'

Der Ministerpräsident Bülend Ulusu hat einige Fragen von Tercüman im Zusammenhang mit wirtschaftlichen und politischen Fragen beantwortet. Zur Frage, ob er beabsichtige, eine Partei zu gründen, gab Ulusu an, daß er sich mit einem solchen Gedanken nicht beschäftige. Wenn aber jemand komme und ihn frage, dann höre er sich die Argumente an. Er wurde auch gefragt, ob er mit ehemaligen Parteiführern Kontakte habe. Dazu wurde ihm vorgehalten, mit den Führern einer liberalen Partei, wie Celal Bayar oder Süleyman Demirel Kontakte haben zu können. Die Antwort von Ulusu war, daß er sich die Erfahrungen anderer zunutze mache, ohne dabei irgend welche Hintergedanken zu haben.

Kuwait Times (Kuwait), 14.1.1983:

Turkish coup plot case: 740 in dock

ANKARA, Thurs. — Turkey's biggest mass trial, involving 740 defendants, opened at a martial law court in the northern city of Amasya yesterday, the state radio reported.

In his indictment, the military prosecutor demands the death penalty for 260 defendants on charges of attempting to overthrow Turkey's constitutional system and to replace it with a communist dictatorship.

Prison terms ranging from five to 15 years were asked for the rest of the defendants.

According to the indictment, the defendants, all accused members of the violent Marxist gang Dev-Yol (Revolutionary Road), plotted a takeover of the Black Sea coast town of Fatsa, population 22,000, by force and intimidation of the local population.

PAMPHLETS

Dev-Yol, an offshoot of

Turkey's largest extreme leftist organisation known as the Turkish Peoples Liberation Party, publicised its aims in pamphlets and other publications, the prosecutor wrote. Copies of these publications were attached to the indictment.

The defendants are also charged with 90 political slayings, 36 murder attempts, kidnappings, bombings and armed robberies within a period of two years that ended in the summer of 1980.

At that time, hundreds of security agents were dispatched to Fatsa, which had been turned into Turkey's first Marxist commune, to flush out the Marxists, the indictment says.

Fikri Sonmez, a tailor elected mayor of Fatsa on an independent ticket in 1979, and a veteran Dev-Yol militant, Yusuf Atasoy, led the defendants, the prosecutor wrote. Both now face the death penalty.

The trial began with the

establishment of the defendants, identities one-by-one, the radio reported. When this is finished, the prosecutor will read his 612-page indictment, the report said.

These procedures are expected to take weeks and the trial is expected to last for more than a year.

Similar mass trials started in 1981 and 1982 have not come to a conclusion yet.

According to the martial law command statistics, 1,228 rightist extremists, 17,570 leftists and 4520 Kurdish separatists are currently on trial for political crimes. Of these, 12,246 defendants are suspected members of the Turkish People's Liberation Army and its two major factions, Dev-Yol and Dev-Sol.

Political violence claimed 5,000 lives in Turkey in the two years prior to the military takeover of Turkey's anti-terrorist generals in September, 1980.

Since then, 23,752 political

prisoners have been jailed and 16 youths convicted of terrorist killings have been hanged.

Meanwhile the president of Turkey's writers' union yesterday rejected prosecution charges of criminal activity by 18 leaders of the union.

The writers went on trial a week ago at a martial law court here on charges of advocating a communist regime in this Nato-member country.

Aziz Nesin, president of the union and one of Turkey's most prominent authors told the court that all activities of the union were aboveboard and public, ruling out a criminal intent by the membership. — AP



International Herald Tribune, 7.2.1983:

Reagan Seeks Increase In Military Assistance For Turkey and Others

By Dan Morgan

Washington Post Service

WASHINGTON — The Reagan administration has unveiled a \$9.2-billion military aid request for 1984 that would nearly double assistance for Turkey and provide large increases for Honduras, El Salvador, North Yemen and Pakistan.

About half of the package revealed Friday would go to Egypt, Israel, Jordan and Lebanon. The aid levels for those countries would remain roughly the same as this year.

The package represents a sharp increase over the \$7.8 billion in aid allowed for 1983 under a continuing resolution. However, the administration announced Friday

that it was seeking \$962.5 million in supplemental aid for 1983, much of which would go to rebuilding Lebanon's army and reconstructing parts of Beirut.

The aid package for Turkey would include an increase in military assistance from \$402.7 million to \$759 million.

Prime Minister Andreas Papandreu of Greece sent a letter to President Ronald Reagan on Friday protesting what he said was a change in the aid ratio for Greece and Turkey adhered to by Washington since the late 1970s.

Mr. Papandreu indicated that this could affect negotiations on the future of U.S. bases in Greece, sources in Athens said.

Greek officials have frequently said that the United States has committed itself to maintaining a ratio of \$7 of aid for Greece for every \$10 for Turkey, but a State Department official denied Friday that such a commitment existed. Both countries are members of NATO.

Since Greece and Turkey fought over Cyprus in 1974, both have carefully studied U.S. military aid programs for evidence of U.S. favoritism. For 1984, the administration proposes increasing assistance to Greece by only \$500,000, to \$281.7 million.

A Pentagon official said Friday that the Turkish military was in

"desperate need of modernization," while the United States saw no need to increase aid to Greece.

Turkey last year began a military modernization program that concentrated on tanks, naval equipment and helicopters. Pentagon officials say air defense, needed to protect NATO's eastern flank, should be emphasized in 1984.

Turkey has also expressed interest in purchasing U.S. Air Force F-16 fighters and U.S. Navy F-18 fighter-bombers, and officials said the new aid could make it more attractive for Turkey to "buy American."

Besides the additional military aid, Turkey would also be allocated \$175 million in economic support to promote "stability," while Greece would receive none.

Wirtschaft

Rapor vom 24.01.1983

Der Anteil der Industriegüter im Export erreichte eine Höhe von 60%

Der Anteil der Hauptsektoren im Export und Import wurde für die ersten 11 Monate des Jahres 1982 bekanntgegeben. Die Industriegüter waren am Export zu 60% beteiligt. 1981 war dieser Prozentsatz im gleichen Zeitraum 47,6%. In den ersten 11 Monaten des Jahres 1982 ging der Gesamtimport um 3,7%, d.h. von 7,971 Milliarden Dollar auf 7,677 Milliarden Dollar zurück.

Rapor vom 25.01.1983

'Man muß der türkischen Lira zwei Nullen streichen'

Finanzminister Adnan Baser Kafaoglu erklärte, daß manche Länder wegen Inflation ihrer Währung 3, 4 oder 5 Nullen gestrichen haben und daß die Türkei ebenfalls zwei Nullen streichen müsse. Außerdem führte Kafaoglu aus, daß in der Wirtschaftsgeschichte der Türkei immer dann eine neue Währung eingeführt wurde, wenn die alte durch Inflation entwertet war. Deshalb meinte er, daß eine über die Lira hinausgehende Währung eingeführt werden müsse, weil heutzutage in der Türkei der Kuruşch als verschwunden gelten könne.

Rapor vom 26.01.1983

Ulusu: 'Die defizitären Betriebe können wir nicht stützen'

Ministerpräsident Ulusü erklärte: 'Wir können keinen Kuruşch verschwenden. Die in ihrer Ausführung verzögerten Projekte und die defizitären Betriebe kann dieses Land nicht länger unterhalten. Wir können keine von Laien gestarteten Experimente dulden, die aus dem Land ein Übungsfeld machen.'

Ministerpräsident Ulusü erklärt ferner bei der Konferenz mit dem Managern der Staatsbetriebe, daß der Feingewinn dieser Betriebe von 7 Milliarden im Jahre 1981 auf 48 Milliarden im Jahre 1982 erhöht wurde.

Rapor vom 27.01.1983

Ulusu: 'Unsere Freunde scheuen sich nicht, durch restriktive Maßnahmen unseren Export zu torpedieren'

Ministerpräsident Bülend Ulusü erklärte am 30. Gründungstag des Zollkooperationsrates: 'Nicht einmal unsere Freunde scheuen sich davor, Maßnahmen zu treffen, um unseren Export zu torpedieren.'

Hürriyet vom 07.02.1983

Noch eine Arbeitergesellschaft ging pleite

Die Arbeitergesellschaft Karbes, die im Jahre 1973 gegründet wurde und mit 1.200 Teilhabern die Produktion in der Nähe von Burdur aufnehmen sollte, wurde jetzt aufgrund unbezahlter Schulden verkauft. Bei einem Wert von 600 Millionen wurde die Gesellschaft zu einem Preis von 96 Millionen Lira zwangsverkauft. Aufgekauft wurde das Objekt von der Bank für Industrie und Entwicklung, an die die Gesellschaft 500 Millionen Lira schuldete. Der Beauftragte der Arbeitnehmerinvestitionsbank (DESIYAB) führte den Niedergang der Gesellschaft auf das Fehlen einer fähigen Leitung zurück.

Hürriyet vom 08.02.1983

Kafaoglu: 'Ich will vom IWF keine neuen Schulden holen'

Der Finanzminister Adnan Baser Kafaoglu flog um 11.15 Uhr nach Washington, wo vom 11.-12. Februar ein Treffen des Internationalen Währungsfonds stattfindet. Am Flughafen gab er den Presseleuten ein kurzes Interview, in dem er darauf verwies, daß das IWF-Treffen abgehalten werden, um die Mittel der Organisation anzuheben. Die Türkei habe im letzten Jahr mit einer solch positiven Zahlungsbilanz abgeschlossen, daß man keine neuen Kredite zu fordern brauche. Auf die Frage, ob die Lira Nullen verliere, sagte der Finanzminister, daß er lediglich gesagt habe, daß in einem Land mit hoher Inflation eine Währung mit zwei Werten auf einen Wert reduziert werde.

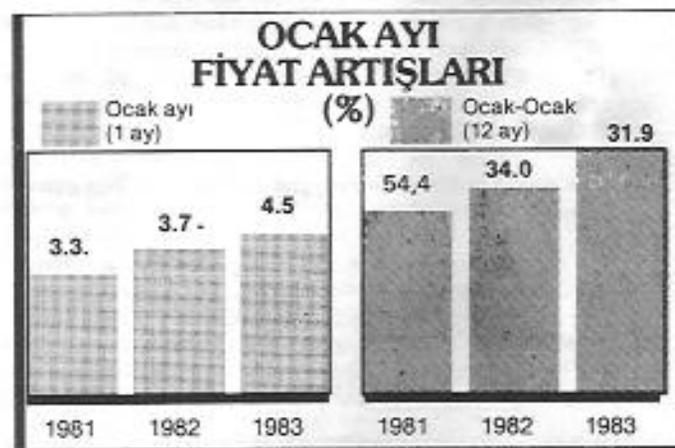
Hürriyet vom 09.02.1983

Arbeitslosigkeitsalarm

Die Arbeitslosigkeit ist bei dem Versuch Stagnation und mangelnde Investitionstätigkeit anzukurbeln, zu einem der wichtigsten Probleme geworden. Die letzten Zahlen über Arbeitslosigkeit weisen eine Gesamtzahl der Arbeitslosigkeit von 3,5 Millionen Menschen aus. Im Vergleich dazu waren es im Vorjahr 2,63 Millionen. Für das nächste Jahr wird eine Arbeitslosigkeit von 4,5 Millionen erwartet, wenn nicht zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden sollten.

Rapor vom 03.02.1983

Preisanstieg im Januar



Die linke Tabelle bedeutet monatlichen Preisanstieg, während die rechte Tabelle die Dauer von 12 Monaten umfaßt.

WDR IV vom 10.02.1983

Das Gewerkschaftsgesetz wurde vorgelegt

Der Entwurf für ein Gewerkschaftsgesetz wurde jetzt verschiedenen Institutionen für eine Stellungnahme zugeschickt. Demnach dürfen Gewerkschafter nicht eine Funktion in einer Partei ausüben. Diejenigen, die in den oberen Gremien der Gewerkschaft eine Funktion ausüben wollen, müssen wenigstens 10 Jahre in dem Arbeitsbereich tätig gewesen sein, in den Filialen beschäftigte Gewerkschafter müssen wenigstens 3 Jahre in dem Arbeitsbereich tätig gewesen sein. Notwendige Organwahlen der Gewerkschaft werden unter der Aufsicht eines Richters durchgeführt.

Die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände werden jedes Mal mindestens einmal und bei Notwendigkeit häufiger durch den Arbeits- und Finanzminister kontrolliert. Nach dem Entwurf werden maximal in 24 Arbeitsbereichen Gewerkschaften gegründet werden. Für jeden Arbeitsbereich gibt es eine Satzung, der sich die Gewerkschaften anzupassen haben.

Das Gesetz über Tarife und Streiks bringt folgende Bestimmungen: 120 Tage vor Ablauf des alten Tarifs können Gespräche zur Erneuerung beginnen. Bei Tarifabschlüssen einer Gewerkschaft, die mehr als 25% der Beschäftigten in einem Arbeitsbereich vertritt, kann das Kabinett diesen Tarifabschluß auch auf Arbeitsplätze ohne Gewerkschaft ausdehnen. Politische Streiks, Arbeitsverlangsamung zählen zu den ungesetzlichen Aktionen. Ein Streik darf nicht mit dem Ziel gemacht werden, die unteilbare Einheit des Staates mit seinem Land und seiner Nation, die Autorität oder die Sicherheit des Staates anzugreifen. Die Dauer des Streiks wird nicht der Entlohnung oder einer späteren Abfindung zugrunde gelegt. Wer sich an einem ungesetzlichen Streik beteiligt, kann ohne weitere Kündigungsfrist entlassen werden. Am bestreikten Arbeitsplatz und in der Umgebung dürfen keine Plakate oder Spruchbänder aufgehängt werden. Für Streikposten dürfen keine Hütten oder dergleichen aufgebaut werden.

In einem ersten Kommentar der Arbeiterkonföderation Türk-Is heißt es, daß einige Feststellungen des Entwurfes von der Wirtschaftskommission des Nationalen Sicherheitsrates zu Besorgnis Anlaß geben. Sie begrüßten es allerdings, daß der Entwurf einer Diskussion unterbreitet werde. Die Ansichten der Konföderation werden am 25.02.83 auf dem Vorstandstreffen von Türk-Is festgelegt.

Menschenrechte

a) HINRICHTUNGEN

Milliyet vom 28.01.1983

Die Beratende Versammlung hat bis heute 44 Todesstrafen bestätigt

Die Rechtskommission in der Beratenden Versammlung hat von der Aufnahme ihrer Tätigkeit bis heute insgesamt 44 Todesstrafen bestätigt. Von diesen Todesstrafen beziehen sich 25 auf gewöhnliche Kriminelle und 19 auf politische Täter (unter ihnen 10 Linke, 8 Rechte und ein armenischer Terrorist).

Milliyet vom 30.01.1983

Ekmekciyan wurde hingerichtet

Das Todesurteil gegen den armenischen Terroristen Levon Ekmekciyan wurde gestern morgen im Gefängnis von Ankara gegen 01.50 Uhr vollstreckt. Er war am 5. Oktober 1982 wegen dem Überfall auf den Flughafen Esenboga, bei dem 9 Menschen ums Leben kamen, zum Tode verurteilt wurde. Sein Leichnam wurde auf dem Fremdenfriedhof beigesetzt.

Hürriyet vom 31.01.1983

In Izmit wurden 4 Todesurteile vollstreckt

Vier Militante, die nach einem Juweliersraub und anschließender Schießerei mit der Polizei gefaßt worden waren, wurden gegen morgen in Izmit hingerichtet. Die Angehörigen der illegalen Organisation mit Namen THKP/C Devrimci Halkin Yolu, Ramazan Yukarigöz, Ömer Yazgan, Erdogan Yazgan und Mehmet Kambur

waren am 20.04.1981 vom Kriegsgericht in Gölcük zum Tode verurteilt worden. Der Nationale Sicherheitsrat hatte die Hinrichtung am 28.01.1983 angeordnet.

Hürriyet vom 01.02.1983

Der rechte Terrorist Ahmet Kerse wurde hingerichtet

Der rechte Terrorist Ahmet Kerse, der im Jahre 1979 aus ideologischen Gründen eine Person verletzt und getötet hatte, am vorherigen Tage gegen 03.30 Uhr hingerichtet.

Hürriyet vom 07.02.1983

Die hingerichteten Brüder sagten: 'Wir waren schuldig'

Gestern gegen morg

Gestern gegen morgen wurden die Todesstrafen gegen die drei Brüder, die am 20.03.1974 aus Blutrache Nafiye Catal und Mevlut Catal getötet hatten, im Gefängnis von Aksehir hingerichtet. Cavit Karaköse, Ridvan Karaköse und Süleyman Karaköse waren vom Strafgericht in Aksehir zum Tode verurteilt worden. In einem Brief an seine Frau schrieb Ridvan Karaköse: *'Wir haben diese Strafe verdient. Vor dem Gesetz sind wir schuldig. Aber vor Gott sind wir unschuldig. Allah wird uns sicher vergeben. Beschreibt uns unseren Kindern als gute Menschen. Vergesst uns nicht. Auf Wiedersehen.'*

Seit dem 12.09.1980 wurden insgesamt 39 Menschen hingerichtet.

b) TODESSTRAFEN

Hürriyet vom 29.01.1983

Im Dev-Yol Verfahren von Ankara wurde ein Todesurteil ausgesprochen

Das Antalya Dev-Yol Verfahren mit 27 Angeklagten ging gestern zu Ende. Vor dem Kriegsgericht Nr. 1 in Izmir wurde Nasuh Ünal zum Tode verurteilt.

Die Zahl der verhängten Todesstrafen hat sich damit auf 168 erhöht.

Bestätigungen

27.01.1983	Hidir Aslan	Revision
27.01.1983	Mustafa Basaran	RK
29.01.1983	Sener Yigit	RK
02.02.1983	Selcuk Duracik	BV
02.02.1983	Halil Esendag	BV

c) ANTRÄGE AUF TODESSTRAFE

06.02.1983 2 Unpol. in Tarsus

Die Zahl der nach dem 12.09.1980 vor den Gerichten der Türkei geforderten Todesstrafen hat sich damit auf 5.236 erhöht.

d) PROZESSE

Milliyet vom 31.01.1983

Nadir Nadi und Gönensin werden vom Kriegsrecht verhört

Der Besitzer der Zeitung Cumhuriyet und Schreiber der Leitartikel, Nadir Nadi, und der verantwortliche Redakteur, Oktay Gönensin, werden morgen durch den militärischen Staatsanwalt Hanefi Öncül verhört.

Hürriyet vom 03.02.1983

Das Entlassungsgesuch von Türkes wurde abgelehnt

Das Entlassungsgesuch für Alpaslan Türkes, der im Prozeß gegen die MHP und Idealistenvereinigungen angeklagt ist, wurde zum wiederholten Male abgelehnt. Türkes sagte vor Gericht nach der Verlesung der Schriftstücke: *'Die Kommunisten haben uns jahrelang angeschwärzt. Die Anklageschrift geht auch nicht über Beschuldigungen hinaus. ... Ali Batman ist ein Vaterlandsfreund. Er ist vor dem 12. September zur Ausbildung ins Ausland gegangen. Es gibt kein Verfahren gegen ihn.'*

Hürriyet vom 03.02.1983

Arslan Baser Kafaoglu wurde inhaftiert

Der Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller Arslan Baser Kafaoglu wurde gestern inhaftiert, nachdem er sich in Begleitung seines Anwaltes Turgut Kazan den Kriegerichtsbehörden gestellt hatte. Er war schon am 12. Januar vorläufig festgenommen worden und danach wieder freigelassen worden. Ihm wird laut § 141, 142 Mitgliedschaft in einer illegalen Organisation und Kommunismuspropaganda vorgeworfen.

Hürriyet vom 03.02.1983

Die Vernehmung der Experten von DISK hat begonnen

Gestern wurde mit der Befragung der 19 Experten von DISK begonnen. Im Verfahren gegen DISK wurde in dem Kasernengelände von Metris der Gebietsvertreter des Schwarzen Meers von Maden-Is, Sükrü Özbayrak, und der ehemalige Präsident von Tekstil-Is, Erol Yalcin, vernommen. Am Ende der Verhandlung wurden Talat Öz, Osman Özkan, Fikri Tanta und Türker Azak aus der Haft entlassen. Damit hat sich die Anzahl der Haftentlassungen auf 15 erhöht.

Hürriyet vom 03.02.1983

Im Fatsa Dev-Yol Verfahren wurden 7 Angeklagte aus der Haft entlassen

Im Verfahren gegen die Angehörigen der Organisation Dev-Yol aus Fatsa wurde gestern vor dem Kriegsgericht in Amasya mit der Vernehmung von weiteren 13 Angeklagten fortgefahren. Nach der von 9.15 bis 17 Uhr dauernden Vernehmung wurden 7 Angeklagte aus der Haft entlassen.

Tercüman vom 02.02.1983

Gegen den Mittäter von Agca, Ömer Ay, wurde ein Verfahren eröffnet

Vor dem Kriegsgericht Nr. 2 in Konya wurde gegen Ömer Ay ein Verfahren wegen Organisationsgründung, Werfen von Explosiva, Duldung von Mord und Ausstellung eines gefälschten Paßes ein Verfahren eröffnet. Ömer Ay war vor einiger Zeit aus der Bundesrepublik ausgeliefert worden. Ihm wird nachgesagt, dem Papst-attentäter Mehmet Ali Agca zur Flucht aus der Türkei verholfen zu haben.

Hürriyet vom 06.02.1983

Aslan Baser Kafaoglu wurde freigelassen

Der vorgestern durch das Kriegsgericht Nr. 3 in Istanbul verhaftete Wirtschaftswissenschaftler und Schriftsteller Aslan Baser Kafaoglu wurde wieder aus der Haft entlassen. Dem Bruder des Finanzministers Adnan Baser Kafaoglu war wegen Mitgliedschaft in einer

illegalen Organisation und Kommunismuspropaganda inhaftiert worden.

Hürriyet vom 07.02.1983

Wenn 12 Personen nicht bis zum 6. März in die Heimat zurückgekehrt sind, werden sie ausgebürgert

12 Personen wurden aufgefordert, bis zum 6. März 1983 in die Heimat zurückzukehren. Wie es in der Mitteilung des Innenministeriums heißt, haben sich diese Personen ins Ausland abgesetzt, um gegen die türkische Republik Aktivitäten zu entfalten. Bei den Personen handelt es sich um: Mehmet Uzun, Emrullah Gürsel, Hatice Naside, Zula Kilic, Bakiye Beria Önger, Nadir Tilkoglu, Veyzel Delialioğlu, Serafettin Kaya, Kadir Misiroğlu, Abdülvahap Kumaraslan, Fatih Yentur, Mehmet Kapanoglu, Namik Kemal Deprem.

Hürriyet vom 09.02.1983

Gegen Nadir Nadi und Okay Gönensin wurde vor dem Militärgericht ein Verfahren eröffnet

Vor dem Kriegsgericht Nr. 1 in Istanbul wurde gegen den Besitzer und Leitartikelschreiber der Zeitung Cumhuriyet, Nadir Nadi, und den verantwortlichen Redakteur, Okay Gönensin, ein Verfahren eröffnet. Es wird behauptet, daß durch den Artikel 'Ein seltsamer Entwurf' über eine Publikation zum Begehen einer Straftat aufgestachelt wurde.

e) VERHAFTUNGEN

Hürriyet vom 31.01.1983

In Adiyaman wurden 20 PKK-Militante gefaßt

Die Sicherheitskräfte, die eine Operation in Adiyaman veranstalteten, faßten 20 Militante der separatistischen Organisation PKK, unter ihnen auch den Provinzverantwortlichen. Die anderen Verhafteten sollen im wesentlichen Botendienste gemacht haben.

Hürriyet vom 11.02.1983

In der Türkei wurden 68 Dev-Sol Angehörige gefaßt

68 Militante der ungesetzlichen Organisation Dev-Sol, darunter zwei Mitglieder des Zentralkomitees, wurden gefaßt. Nachdem einer der Führer von Dev-Sol zusammen mit 5 Freunden aus dem Gefängnis in Elazig ausgebrochen war, hatte er mit dem anderen Mitglied des Zentralkomitees, Süleyman Erdem, Kontakt aufgenommen. Wie es heißt, haben die zwei Führer versucht, die Organisation erneut zu beleben und in der Zwischenzeit 10 Morde in Malatya verübt. In Istanbul haben sie in kurzer Zeit 50 verschiedene Schreib- und Plakataktionen durchgeführt.

f) FOLTER

Hürriyet vom 06.02.1983

So kam ich von der Polizeistation

Mustafa Gönül, der vor zwei Tagen verhaftet wurde, weil er im alkoholisierten Zustand ein Auto gefahren haben soll, hat die Polizisten beschuldigt, ihn auf der Wache gefoltert zu haben. Nach seiner Freilassung durch das Gericht wurde er zum Gerichtsmediziner geschickt, der Verfärbungen und Verfaulungen durch Schläge in der Länge von 2,5 cm attestierte. Die Polizisten aus Manisa, die zu dem Vorfall gehört wurden, bezeichneten die Angaben des Autofahrers als Verleumdungen. Das Ermittlungsverfahren dauert an.

IN EIGENER SACHE

Um auch einmal auf die andere Seite unserer Arbeit hinzuweisen, haben wir dieses Mal auf der letzten Seite einen Auszug aus einem Brief aus der Türkei abgedruckt, der gleichzeitig einen Eindruck in den Alltag bei den Gerichten und in den Gefängnissen der Türkei gibt. Der Schreiber drückt sich allerdings sehr allgemein aus, damit bei einem Abfangen des Briefes nicht auf seine Person geschlossen werden kann.

Freunde, das Geld, das Ihr uns geschickt habt, haben wir erhalten. Wir möchten, daß Ihr wißt, daß dieses Geld nicht nur einen materiellen, sondern darüber hinaus auch einen ideellen Wert trägt. Euer Geld hat für unsere inhaftierten Mandanten, die in den Gefängnissen unter außergewöhnlich schweren Bedingungen, Folter und Druck leben, und deren menschliche und moralische Werte man vernichten möchte und für die Verteidigung in ihren Verfahren einen sehr wichtigen Beitrag geleistet. Es gibt nur sehr wenig Worte, um die materielle und ideelle Bedeutung zu beschreiben.

Vielleicht wißt Ihr es, aber ich möchte Euch einige kurze Informationen über die Gefängnisse geben. Nach dem Putsch vom 12. September wurden alle politischen Gefangenen und Untersuchungshäftlinge in Militärgefängnisse gesteckt. Die Militärgefängnisse werden von der Armee kontrolliert und selbst in normalen Zeiten wird hier eine außerordentliche Disziplin angewandt. Nach dem Putsch wiederum wurde diese Disziplin noch verstärkt. Der Logik und den Zielen des Putsches entsprechend werden gegen die demokratischen und fortschrittlichen Gefangenen Druck und Mißhandlungen ausgeführt, die unter anderen Militärregimen kaum zu sehen sind. Den Gefangenen ist es verboten, Bücher zu lesen. Nur das Buch mit der Ansprache von Atatürk darf gelesen werden. Beim Hofgang werden die Gefangenen nicht in Ruhe gelassen, sondern sie müssen militärische Ausbildung ableisten.

Die Gefangenen haben keine Zeit für persönliche Dinge. Die Gefängnisleitung beschäftigt sie ständig. Aber so richtig, wie es ist, daß die Gefangenen nichts für sich selber tun können, so richtig ist es, daß sie unter diesen Bedingungen in menschlicher, seelischer und moralischer Hinsicht verfallen. Falls keine ernsthaften Initiativen ergriffen werden, wenn nicht die aufgeklärten und fortschrittlichen Menschen der ganzen Welt sich bemühen, um diese schlechten Bedingungen in den türkischen Militärgefängnissen zu verbessern, dann werden tausende von Häftlingen eine seelische Krise erleben und man sollte nicht vergessen, daß sie sich dabei selbst verlieren. Der Gesundheitszustand der Gefangenen, besonders jener die in den Einzelzellen sind, ist schlecht. Viele von ih-

nen sind auch physisch beschädigt, nachdem sie monatelang gefoltert worden sind, auf den Polizeipräsidien und den militärischen Wachstationen mit Sandsäcken, Bastonade, Strom, kaltem Wasser behandelt wurden, man ihre splinternackten Frauen und Mütter in unmenschlicher Weise behandelt hat. Viele sind lungen- und magenkrank und werden nicht behandelt. Für einen Teil der Gefangenen herrscht Todesgefahr. In der Presse wurden bis heute allein für Istanbul und Ankara 10 Todesfälle in der Haft gemeldet. Hunderte von Gefangenen sind verkrüppelt und es besteht die Gefahr, daß sie sterben. Freunde, es gibt im Zusammenhang mit den Gefängnissen sehr viel zu schreiben. Das würde etliche Seiten ausfüllen. Die westliche Öffentlichkeit zeigt aber nicht einmal ein Zehntel der Reaktion, die sie gegen die Obristenjunta in Griechenland gezeigt hat, obwohl in den 2 Jahren Militärherrschaft in der Türkei schon über 500 Menschen durch Hinrichtungen, Operationen, Folter umgebracht wurden und Hunderttausende über Monate hinweg inhaftiert wurden und Zehntausende noch in Haft sind. Wie lange wird die westliche Öffentlichkeit dieser Grausamkeit gegenüber noch schweigen?

Ihr fragt Euch sicherlich, wie wir Anwälte tausende von Gefangenen verteidigen können. Es ist eine Tatsache, daß die Anwälte in der Türkei derzeit ihren Beruf nicht ausführen können. Unser Recht und unsere Möglichkeiten der Verteidigung wurden praktisch beseitigt. Wir haben weder im Gefängnis noch bei Gericht die Möglichkeit, uns ungestört mit unseren Mandanten zu unterhalten. Die Gefangenen wissen lange Zeit nicht, weswegen sie angeklagt sind, die Anklageschriften werden ihnen verspätet überreicht und sie können sich nicht auf eine Verteidigung vorbereiten. Sowohl die Angeklagten als auch wir Verteidiger müssen unvorbereitet in die Prozesse gehen.

Um die Akten zu studieren, die mehrere tausend Seiten umfassen, braucht man ein Menge Geld. Viele der Angeklagten kommen aber aus armen Familien. Viele haben keinen Anwalt. Die Anwälte leben unter der Bedrohung durch das Regime. Mehrere Kollegen wurden inhaftiert, weil sie das Recht auf Verteidigung forderten, oder weil sie sich mit Delegationen aus dem Ausland getroffen haben. Unter diesem Druck ist die Ausübung unserer Pflicht so gut wie unmöglich.

Ihr müßt wissen, daß es den Anwälten auch finanziell sehr schlecht geht. Wenn zu Drohungen und Druck auch noch finanzielle Probleme hinzukommen, könnt Ihr Euch unsere Lage wohl vorstellen. Freunde, für die materielle und ideelle Unterstützung der alternativen türkeihilfe möchten wir uns bedanken. Ihr sollt wissen, daß Euer Beitrag uns Mut gegeben hat. Wir werden unsere Pflicht aller Behinderungen zum Trotz weiterführen. Das sind wir der Menschlichkeit schuldig.

IMPRESSUM

TÜRKEI INFODIENST DER ALTERNATIVEN TÜRKEIHILFE

V.i.S.d.P. und Verleger: Michael Helweg, Postfach 180 180, 4800 Bielefeld 18

Einzelpreis: 1,50 DM

Abonnement: 6 Monate = 20,- DM, 1 Jahr = 40,- DM

Kündigung des Abos: Bei 6 Monaten = 6 Wochen vor Ablauf; Bei 1 Jahr = 3 Monate vor Jahresende

Wird das Abo nicht gekündigt, verlängert es sich automatisch um den vereinbarten Zeitraum

Konten: Michael Helweg, Postscheckamt Hannover, Nr. 3981 01-304, BLZ: 250 100 30

Alternative Türkeihilfe, Kreissparkasse Herford-Bünde, Nr. 1 000 008 613, BLZ: 494 501 20

Der 'türkei infodienst' erscheint 14-tägig